

## **Aufstehen gegen Rassismus Regionalgruppe Rhein-Main**

# **Offener Brief an Innenminister Beuth**

Sehr geehrter Herr Minister Beuth,

am 24. Mai haben wir, Aufstehen gegen Rassismus, gemeinsam mit 150 weiteren Demokrat\*innen unser Grundrecht auf Demonstration und Meinungsäußerung wahrgenommen und gegen eine Wahlveranstaltung der AfD in Bergen-Enkheim protestiert. Die AfD ist eine Partei, in deren Reihen sich Nazis wie Björn Höcke befinden, der eine Neubewertung der Geschichte fordert, das Holocaust-Mahnmal ein Mahnmal der Schande nennt und der Demokratie den Kampf angesagt hat. Die AfD ist eine Partei, deren Mitglieder täglich gegen das Grundgesetz verstoßen, indem sie Menschen diskriminieren und verunglimpfen. Unser Bundespräsident Steinmeier hat in seiner Rede zum 70. Jahrestag des Grundgesetzes dazu aufgerufen, für die Demokratie einzutreten. Was wir brauchen, sei eine wehrhafte Demokratie. Dem sind wir mit unseren Protesten gegen die AfD gern nachgekommen.

Aber bevor die Veranstaltung der AfD begonnen hat, wurden Plakate und Fahnen und beschlagnahmt: auf dem Plakat ist Björn Höcke zu sehen mit ausgestrecktem Arm, darüber steht in großen Buchstaben „Nie wieder“. Auf der Fahne ist ein Hakenkreuz, das in eine Tonne geworfen wird, deutlich erkennbar als eine Ablehnung des Hakenkreuzes. Das gleiche gilt für ein Transparent, das die VVN-Bund der Antifaschisten an ihrem Informationsstand ausgebreitet hatte und vom Tisch nehmen musste.

Das Plakat mit Björn Höcke stammt von einem Foto, das 2016 in Erfurt gemacht wurde. Die Berliner taz hat dieses Foto ins Netz gestellt und die Initiative „Aufstehen gegen Rassismus“ verwendet es seit zwei Jahren für Plakate, die bundesweit auf Demonstrationen und im Fernsehen gezeigt wurden. Die Begründung der Polizei für die Beschlagnahmung der Plakate war die angebliche Verletzung des Urheberrechtes und für die Konfiszierung der Fahne das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole.

Dabei begnügte sich die Polizei nicht damit, die Plakate zu beschlagnahmen, sondern sie hat sie auch beschädigt, so dass sie nicht wieder verwendet werden können.

Wir sind empört über das Verhalten der Polizei, die nach eigener Aussage auf Weisung des Staatsschutzes gehandelt hat.

Wir fragen Sie:

- Lernen die hessischen Polizeibeamten in ihrer Ausbildung nicht, dass sie demokratische Rechte zu schützen haben und das Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt und nicht behindert bzw. die Ausübung der Meinungsfreiheit verfolgt werden darf?
- Lernen sie nicht, was als verfassungsfeindlich eingestuft werden muss und was nicht? Bekommen sie nicht Gerichtsurteile zur Kenntnis, die bestimmen, dass die Symbole gezeigt werden können, wenn sie eindeutig gegen deren Ziele verwendet werden?
- Lernen sie nicht, dass § 86a STGB nicht gilt, wenn „ das Propagandamittel oder die Handlung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der

Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient?

Außerdem möchten wir Antwort auf die Fragen:

- Auf wessen Weisung haben Polizei und Staatsschutz gehandelt?
- Gibt es Kontakte von Mitgliedern des Staatsschutzes zur AfD?
- Gab es Absprachen zwischen der AfD und dem Staatsschutz, die Kundgebung zu behindern?
- Wie bewerten Sie das Verhalten der Polizei und des Staatsschutzes in Anbetracht der Tatsache, dass es rechtsradikale Netzwerke innerhalb der hessischen Polizei gibt, die bislang nicht endgültig aufgeklärt wurden?

Wir von „Aufstehen gegen Rassismus“ bewerten das Verhalten von Polizei und Staatsschutz als ein weiteres Glied in einer Kette von rechtsradikalen Vorfällen, die in den letzten Monaten bekannt wurden. Wir fordern Sie auf, dass der Vorgang aufgeklärt wird, die Polizei in Zukunft demokratische Proteste nicht mehr behindert und die eingezogenen Gegenstände den betroffenen Personen wieder ausgehändigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Bahndorf, Günter Deister, Christoph Hoffmeier, Imke Meyer, Dave Peanson

für „Aufstehen gegen Rassismus, Regionalgruppe Rhein-Main“

[AgR-RheinMain@gmx.de](mailto:AgR-RheinMain@gmx.de)